

# Mit Entwicklungspolitik internationale Beziehungen gestalten!

**Ein Beitrag von Svenja Schulze,  
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Die Grundlagen der internationalen Beziehungen haben sich in den letzten Jahrzehnten schnell und fundamental verändert. Wir leben in einem **multipolaren Jahrhundert**: Neue regionale und globale Mächte werden einflussreicher und erheben den legitimen Anspruch auf globale Mitgestaltung. Gleichzeitig sinkt der Einfluss des „Westens“ weiter. Hinzu kommt, dass sich Deutschland und Europa mit der erneuten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten noch viel mehr als unabhängige und selbstbewusste Akteure auf der internationalen Bühne behaupten werden müssen. Ein **Rückzug ins Schneckenhaus** ist dabei **keine Option**.

Die **globalen Herausforderungen** sind offensichtlich: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in unserem europäischen Sicherheitsverständnis. Naturkatastrophen zeigen die Ausmaße, die die Klimakrise schon heute annimmt. Nie zuvor waren so viele Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Soziale Ungleichheit hat ungekannte Ausmaße angenommen. Mühsame Errungenschaften bei der Gleichstellung von Frauen und Mädchen müssen verteidigt und weiter erstritten werden. Und ganze Wirtschafts- und Berufszweige stehen vor gewaltigen Umbrüchen. Das alles nährt Ungewissheit und Zukunftsangst in Gesellschaften, die noch unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden. In Deutschland und vielen anderen Ländern bieten Populist\*innen mit Abschottung und Nationalismus vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Problemlagen.

Die **deutsche Entwicklungspolitik ist wichtiger Teil der Lösung** für diese globalen Herausforderungen. Es liegt an uns, wie wir ihnen begegnen. Und dass wir dabei niemanden zurücklassen – nicht hier in Deutschland, und auch nicht weltweit. Frieden ist und bleibt die Voraussetzung für ein Leben in Würde. Entwicklungspolitik trägt entscheidend dazu bei, die **Ursachen von Krisen und Konflikten zu beseitigen**. Entwicklungspolitik lindert das Leid in bestehenden Konfliktsituationen und ebnet den Weg zu stabileren Verhältnissen. Und sie dient deutschen Wirtschaftsinteressen, weil sie **Türen öffnet und Brücken baut** zu relevanten Partnern im Globalen Süden.

**Entwicklungspolitik gestaltet internationale Beziehungen**. Sie ermöglicht langfristige Partnerschaften mit jenen Teilen der Welt, die derzeit besonders schnell an Einfluss gewinnen. Enge Beziehungen zu Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Ländern des Globalen Südens, abseits der klassischen diplomatischen Wege, waren noch nie so wichtig wie heute. Diese Allianzen müssen sogar noch weiter zunehmen, denn das transatlantische Verhältnis wird absehbar schwieriger und Europa zunehmend politisch fragmentiert. Denn die meisten Länder des Globalen Südens haben ein ebenso großes Interesse an der Lösung grenzüberschreitender Herausforderungen und sind – genau wie Deutschland – stabile Unterstützer eines fairen Multilateralismus und seiner internationalen Institutionen.

Mit einem **eigenständigen Entwicklungsministerium** hat Deutschland einen komparativen Vorteil, um solche Allianzen auch in Zukunft schmieden zu können. Denn **Entwicklungspolitik als soft power schafft Vertrauen** und ist einer der wesentlichen Gründe, warum Deutschland in der Welt hohe Anerkennung erfährt. Dieses Vertrauen ist Voraussetzung für unsere partnerschaftlichen Ansätze mit den Gesellschaften und Ländern des Globalen Südens. Langfristige Investitionen in Entwicklungspolitik sind daher auch **Investitionen in die Sicherheit und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands**. Umgekehrt gilt auch: Wer Entwicklungspolitik vernachlässigt, holt sich die Krisen dieser Welt nach Hause.

Die deutsche Entwicklungspolitik richtet sich entlang der Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030, des Pariser Klimaschutzabkommens und der regelbasierten internationalen Ordnung aus. Ihr **Kernauftrag** ist die Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungleichheit weltweit, um ein Leben in Würde für alle Menschen zu ermöglichen. Dafür braucht es mehr denn je eine **globale Strukturpolitik**, die langfristigen Wandel ermöglicht, und nicht nur akut wirkt. Eine globale Strukturpolitik, die auf multilaterale Lösungen setzt und die Resilienz der Partnerländer stärkt.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurden **strukturpolitische Weichen** gestellt, die die Welt auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eingestellt haben. Die deutsche Entwicklungspolitik hat dazu entscheidende Beiträge geleistet und neuartige Allianzen geschmiedet. Es erforderte viel politisches Kapital, um internationale Organisationen wie die Weltbank zu reformieren oder neue Geber wie die Vereinigten Arabischen Emirate für die internationale Klimafinanzierung zu gewinnen. Es erforderte viel Dialog und Abstimmung, um gemeinsam auf akute Krisen wie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine oder die Eskalation des Nahostkonflikts zu reagieren. Und es erforderte Kreativität und Weitsicht, die Debatte über neue Finanzierungsquellen anzustoßen, damit die Finanzierungsbasis für nachhaltige Entwicklung breiter wird und nicht allein von öffentlichen Geldern abhängt.

In Zukunft wird es noch mehr darum gehen, mit Instrumenten der Entwicklungspolitik die globalen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die Weltgemeinschaft Armut und Ungleichheit abbauen und alle Menschen in Sicherheit leben können. Ohne eine Lösung der Schulden- und Klimakrise, die gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und die Beendigung bewaffneter Konflikte wird dies nicht möglich sein. Der Bedarf an Humanitärer Hilfe würde dann immer weiter steigen – ohne die Probleme an den Wurzeln zu lösen. Entwicklungspolitik muss daher mehr als je zuvor globale Strukturpolitik sein. In der Wissenschaft wurde der treffende Begriff **development diplomacy** geprägt, um die vielfältigen entwicklungspolitischen Netzwerke zu charakterisieren, die gemeinsam an der Bereitstellung und Sicherung globaler öffentlicher Güter arbeiten.

Die deutsche Entwicklungspolitik muss künftig Kräfte und Kompetenzen weiter bündeln und fokussieren, um ihrem Anspruch auf Gestaltung internationaler Beziehungen und Partnerschaften mit dem Globalen Süden gerecht zu werden. Dazu muss noch klarer werden, was Entwicklungspolitik wie und mit wem erreichen will und kann.

## Was will Entwicklungspolitik erreichen?

- Ein **Leben in Würde und in Sicherheit** für alle Menschen. Hunger ist meist Folge von Kriegen, gewaltsamen Konflikten, Klimawandel und Armut infolge sozialer Ungleichheit. Das sehen wir besonders in der Sahel-Region und am Horn von Afrika – Regionen, in denen wir ein besonderes Interesse an Stabilisierung haben, weil sie für Europas Sicherheit wichtig sind. In einer Welt mit zunehmender Anzahl von bewaffneten Konflikten braucht es ein kohärentes deutsches Engagement, das diese Konflikte bearbeitet und neue verhindert. Um Hunger und Armut am wirkungsvollsten vorzubeugen, braucht es Frieden, Gewaltprävention, soziale Sicherung mit guter Gesundheitsversorgung und mehr soziale Gleichheit sowie eine kluge Klimapolitik. Diese Instrumente und Politikfelder auszubauen ist eine zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik. Starke und zugleich effizient arbeitende Institutionen der Vereinten Nationen sind dafür eine wichtige Vorbedingung, gerade in fragilen Kontexten.
- Der **internationale Klimaschutz** braucht mehr Tempo und neuen Schwung. Brasilien als Ausrichter der nächsten Weltklimakonferenz braucht Verbündete, damit ehrgeizige Initiativen und Ziele für den Klimaschutz angestoßen und umgesetzt werden können. Allen voran muss das neue Klimafinanzierungsziel mit Leben gefüllt werden. Länder wie die Golfstaaten oder

China stehen genauso wie Deutschland in der Pflicht, ihren fairen Anteil zu leisten. Nur so werden alle Länder den Pfad zur Klimaneutralität mitgehen und können sich an den Klimawandel anpassen. Der Großteil der deutschen Mittel für die internationale Klimafinanzierung stammt aus dem BMZ – es wäre nur folgerichtig, im Sinne der **Effizienz und Kohärenz** alle Vorhaben zur Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern beim Klimaschutz hier zu bündeln.

- Mehr als drei Viertel aller **Menschen auf der Flucht** suchen Schutz in angrenzenden Ländern oder als Binnenvertriebene im eigenen Land. Die ärmsten Länder tragen damit die größte Last. Die Rolle der Entwicklungspolitik ist es daher, Aufnahmeländer bei der Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu unterstützen. Zum anderen arbeitet sie strukturell und langfristig daran, dass Menschen sich gar nicht erst auf gefährliche Fluchtrouten begeben müssen. Für beide Aufgaben muss sich auch die Europäische Union stärker engagieren. Mindestens die Hälfte der **EU-Mittel für Flucht und Migration** sollten in den Schutz und die Versorgung von Flüchtlingen in Aufnahmeländern sowie in sichere reguläre Migrationswege fließen. Das ist allemal effizienter als Zäune und Grenzkontrollen.

### Wie kann Entwicklungspolitik das erreichen?

- Entwicklungspolitik braucht eine **stabile finanzielle Grundlage**. Das Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen aufzuwenden (ODA-Quote), ist richtig und muss erhalten bleiben. Angesichts des hohen deutschen Engagements ist es nur konsequent, auch von anderen Ländern eine faire Beteiligung einzufordern. Zudem müssen neben öffentlichen auch private Investoren noch stärker mobilisiert werden. Investitionen in Nachhaltigkeit müssen schneller, einfacher und in großem Umfang ermöglicht werden. Dies erfordert **neue Instrumente** wie erweiterte Garantien und neue Formen der Kooperation für ein gemeinsames einheitliches Vorgehen für Nachhaltigkeitsfinanzierung. Globale öffentliche Güter müssen in den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem Internationalen Währungsfonds der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken, um begrenzte öffentliche Mittel zu hebeln und zu vervielfachen.
- **Steuerpolitik ist ein mächtiges Werkzeug für mehr Gerechtigkeit**, das gilt auch weltweit. Sie schafft finanzielle Spielräume für soziale Sicherung, Bildung und Klimaschutz. Die Einführung einer **globalen Mindeststeuer für Ultra-Reiche** ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit. Südafrika wird diesen Vorschlag als G20-Präsidentschaft in diesem Jahr weiter vorantreiben. Das sollte die deutsche Entwicklungspolitik auch in Zukunft unterstützen. Auch illegale Kapitalflucht und Einnahmeausfälle durch Steuervermeidung und -hinterziehung müssen stärker angegangen werden, denn sie reißen große Löcher in die Staatskassen. Zusammen mit unseren Partnern werden wir dazu beitragen, dass Länder des Globalen Südens künftig mehr eigene Finanzmittel mobilisieren können.
- **Rechtliche Rahmensetzungen** – insbesondere auf internationaler Ebene – müssen noch stärker **als entwicklungspolitisches Gestaltungsinstrument** genutzt werden, gerade auch um die grenzüberschreitenden Auswirkungen nationaler Konsum- und Produktionsmuster (spillover-Effekte) zu verringern. Eine multipolare Ordnung darf keine regellose Ordnung werden. Von klaren Regeln profitieren letztlich alle, denn sie schaffen gleiche Bedingungen. Das gilt zum Beispiel für den nahtlosen Übergang vom deutschen Lieferkettengesetz zu einer wirksamen Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie, den erfolgreichen Abschluss des VN-Vertrags für Wirtschaft und Menschenrechte oder einer VN-Steuerkonvention.

- Die Zusammenarbeit in für Deutschland und Europa politisch prioritären Bereichen erfordert **mehr Flexibilität, sowohl bei der Auswahl der Instrumente, als auch in der Zusammenarbeit mit relevanten Ländern**. Nur so kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch im Interesse einer funktionierenden Wirtschaft noch stärker daran mitwirken, Investitionsanreize zu setzen, robuste und nachhaltige Lieferketten zu schaffen, Fachkräfte auszubilden und anzuwerben sowie die Versorgung unserer Industrie mit wichtigen Rohstoffen und grünem Wasserstoff zu sichern.
- Unabdingbar für den Erfolg, aber auch die Akzeptanz von Entwicklungspolitik ist es, **größtmögliche Wirksamkeit, Qualität und Effizienz** noch rigoroser zur Grundlage von entwicklungspolitischen Strategien und Maßnahmen zu machen.

### Mit wem soll Entwicklungspolitik das erreichen?

- Entwicklungszusammenarbeit ist nichts Fernes. Die **unmittelbare Nachbarschaft Europas im Osten und Süden** braucht uns – und umgekehrt brauchen wir Stabilität und Frieden vor der Haustür. Diese Erkenntnis muss sich künftig noch deutlicher in der entwicklungspolitischen Mittelplanung abbilden:
  - **In Südosteuropa und dem Kaukasus** geht es neben der Unterstützung der Ukraine auch insgesamt darum, ein Gegengewicht zum russischen Einfluss zu bilden und die Länder, die das wollen, an die Europäische Union heranzuführen. Wichtig ist, die deutsche Unterstützung für die Ukraine niemals in den Kontext innenpolitischer Verteilungsfragen zu stellen – denn innere, äußere und soziale Sicherheit gehören zusammen. Die Unterstützung der Ukraine muss auch für die nächsten Jahre verlässlich und planbar gestaltet werden und darf dabei nicht an den Fesseln der deutschen Schuldenbremse scheitern.
  - Genauso sehr ist es im unmittelbaren europäischen Interesse, dass Stabilität und eine friedliche Perspektive **im Nahen Osten und in Nordafrika** hergestellt werden. Multiple Krisen und Herausforderungen wie gewaltsame Konflikte, Migration, Wasserknappheit oder hohe Jugendarbeitslosigkeit stellen die gesamte Region seit Jahren vor Herausforderungen. Und das in einer Region die für Europa an einer strategisch wichtigen Schnittstelle nach Afrika und Asien liegt. Sie führen zu immer mehr Menschen auf der Flucht und zu verpassten wirtschaftlichen Chancen in einer Region, die beste Bedingungen für erneuerbare Energieproduktion aufweist. Mit dem Sturz von Diktator Assad öffnet sich in Syrien ein Fenster der Hoffnung. Die deutsche Entwicklungspolitik steht bereit, das Leid der Menschen in Syrien zu lindern und Lebensbedingungen zu verbessern – damit Syrien perspektivisch wieder zur sicheren Heimat aller Syrerinnen und Syrer werden kann.
- Aufstrebende Staaten wie **Indien** stehen in der Pflicht, Armut und Ungleichheit in ihrem Land selbst zu verringern. Gleichzeitig sind und bleiben diese Länder zentrale Partner im Kampf gegen die Klimakrise und haben wirtschaftlich wie geopolitisch eine hohe Bedeutung für unser Land. Die Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss daher **ausschließlich auf den Schutz globaler öffentlicher Güter**, insbesondere die klimagerechte Wirtschaftstransformation, konzentriert werden und dabei über zurückzahlende Kredite laufen.

- **China ist und bleibt ein wichtiger Partner**, ohne den wir globale Krisen nicht erfolgreich bewältigen können. Das gilt für den Klimaschutz und die Unterstützung armer Länder beim Umgang mit Klimaschäden, das gilt aber auch in der Schuldenfrage, denn China ist mittlerweile einer der größten Kreditgeber im Globalen Süden. Wir müssen in diesem Sinne mit China zusammenarbeiten und sollten dies gerade auch über den entwicklungspolitischen Dialog weiterhin tun.
- Für die Stärkung einer multilateralen und regelbasierten Ordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren basiert, müssen wir die legitime Forderung des Globalen Südens nach mehr Mitsprache in **internationalen Organisationen** unterstützen. Das gilt für die Vereinten Nationen genauso wie für multilaterale Entwicklungsbanken. Für demokratische Reformen die richtigen Wege zu finden, braucht gute Vermittler. Deutschland sollte einer davon sein. Deswegen bieten wir auch mit der **Hamburg Sustainability Conference** einen Ort, an dem einmal pro Jahr Entscheider\*innen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen zusammenkommen und konkret an der Aufholjagd der UN-Nachhaltigkeitsziele arbeiten. Dieser Prozess muss konsequent fortgeführt werden. Deutschland muss die **Post-2030-Agenda** aktiv mitgestalten – auf europäischer Ebene, innerhalb der G7 und G20 und natürlich in den Vereinten Nationen.
- **Europäische Zusammenarbeit** verstärkt unsere Entwicklungspolitik. Große Infrastrukturprojekte können europäisch besser vorangebracht werden, bieten deutschen Firmen ebenso Chancen wie den Partnerländern und -regionen. **Global Gateway** ist dafür das wichtigste Instrument, auch um Europas geopolitische Rolle gegenüber dem strategischen Rivalen China zu stärken. Wir unterstützen die neue Europäische Kommission dabei, dieses Instrument strategischer und zielgerichteter auszubauen. Insbesondere wollen wir auf dem afrikanischen Kontinent sichtbare Infrastrukturvorhaben fördern, die gleichzeitig afrikanische Belange und geökonomische Interessen Europas beispielsweise im Bereich kritischer Rohstoffe und Energiesicherheit berücksichtigen. Das ist ein entscheidender entwicklungspolitischer Beitrag zum De-Risking.
- Ohne eine **freie und lebendige Zivilgesellschaft** ist Entwicklungszusammenarbeit, sind der Schutz von Demokratie und Menschenrechten undenkbar. Aber: Mehr als drei Viertel der Weltbevölkerung lebt in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft unterdrückt wird oder nur eingeschränkt handlungsfähig ist. Gerade in autokratisch regierten oder durch Fragilität gekennzeichneten Ländern ist es zentral, zivilgesellschaftliche Akteure als Partner der deutschen Entwicklungspolitik zu gewinnen und zu fördern – besonders auch zur Durchsetzung von Frauenrechten. Um Brücken in die Partnerländer zu bauen, braucht es auch die tatkräftige Unterstützung der deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen ebenso wie die der politischen Stiftungen und der Gewerkschaften mit ihren Netzwerken vor Ort. Hiermit werden auch die demokratischen Akteure erreicht, die zukünftig möglicherweise politische Verantwortung übernehmen.

Auch Deutschland befindet sich im Wandel, auch Deutschland entwickelt sich. Entwicklungshilfe war gestern. Heute und morgen braucht es ein modernes Verständnis von Zusammenarbeit, von Respekt und Haltung gegenüber dem Globalen Süden. In einer Phase vielfältiger Umbrüche sichern wir durch die Gestaltung internationaler Beziehungen auch unsere eigene Zukunft. Das sollte sich künftig auch in der Namensgebung des BMZ ausdrücken – des **Bundesministeriums für internationale Zusammenarbeit**.